



Newsletter aus dem Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Ausgabe vom 07. März 2018 - Sächsische Staatsregierung

EU-Politik

Finanzen

Eurostat legt BIP-Zahlen für das Jahr 2016 vor..... 3

Inneres

Gemeinsamer Kampf gegen Rassismus und Gewalt sowie Förderung von sozialer Inklusion..... 4

Institutionen

Europäische Kommission bekräftigt Engagement für Gleichstellung von Frauen..... 5

Wirtschaft

Europäische Kommission empfiehlt Maßnahmen, um illegale Online-Inhalte gezielt zu bekämpfen..... 6

Einigung über Frequenzen soll den Weg für 5G-Mobilfunk ebnen..... 8

Termine

Rat..... 9

Kommission..... 11

Europäisches Parlament..... 12

Sonstige..... 14

Ausschreibungen

Stellenausschreibung für den Dienstposten eines Direktors (m/w) im Prüfungsbereich des Europäischen Rechnungshofes.....	15
Arbeitsprogramm für Finanzhilfen im Bereich der transeuropäischen Telekommunikationsnetze im Rahmen der Fazilität »Connecting Europe« für den Zeitraum 2014-2020.....	16
Analysing gender gaps and biases in the allocation of grants.....	17
Supporting research organisations to implement gender equality plans.....	18
Science4Refugees.....	19
Grounding RRI practices in research and innovation funding and performing organisations.....	20
Encouraging the re-use of research data generated by publically funded research projects.....	21
Developing research integrity standard operating procedures.....	22
Innovative methods for teaching ethics and research integrity.....	23
Open schooling and collaboration on science education.....	24
Smart Cities and Communities.....	25
Demonstration of cost effective advanced biofuel pathways in retrofitted existing industrial installations.....	26
Pan-European Forum for R&I on Smart Grids, Flexibility and Local Energy Networks.....	27
TSO-DSO-Consumer - Large-scale demonstrations of innovative grid services through demand response, storage and small-scale generation.....	28
Decarbonising energy systems of geographical Islands.....	29
Integrated local energy systems (Energy islands).....	30
Smuggling.....	31

(JB) Am 28.02.2018 hat die Europäische Statistikbehörde in Luxemburg (Eurostat) ihre **Zahlen zum regionalen Bruttoinlandsprodukt (BIP)** ausgedrückt in Kaufkraftstandards auf NUTS-2 Ebene für das Jahr 2016 veröffentlicht.

EU-weit reichte 2016 das regionale BIP von 29 % des EU-Durchschnitts in der Region Severozapaden (Bulgarien) bis zu 611 % in Inner London/West (Vereinigtes Königreich).

Das BIP pro Kopf in Sachsen lag 2016 für Leipzig bei 100 %, für Dresden bei 96 % und für Chemnitz bei 89 %. Insgesamt weist Sachsen ein BIP pro Kopf von 94 % auf. 2015 lag das BIP für Sachsen bei 93 %, für Leipzig bei 101 %, Dresden bei 93 % und für Chemnitz bei 87 %.

Die Zahlen für die anderen ostdeutschen Länder weisen für Mecklenburg-Vorpommern (84 %), Sachsen-Anhalt (86 %), Brandenburg (89 %) und Thüringen (91 %) aus.

In 19 Regionen lag das BIP pro Kopf mindestens 50 % über dem EU-Durchschnitt: fünf davon liegen in Deutschland, drei im Vereinigten Königreich, zwei in Österreich und jeweils eine in Belgien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Irland, Frankreich, den Niederlanden, der Slowakei und Schweden.

Von den 21 Regionen mit einem BIP pro Kopf von weniger als 50 % des EU-Durchschnitts befanden sich jeweils fünf in Bulgarien und Polen, vier in Ungarn, jeweils drei in Rumänien und Griechenland sowie eine in Frankreich. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die Pendlerströme in einigen Regionen erheblich auf das BIP auswirken können. Die Nettozahl der Personen, die täglich in diese Regionen pendeln, erhöht die Produktion auf ein Niveau, das von der dort ansässigen Erwerbsbevölkerung alleine nicht erreicht werden könnte. Das wirkt sich auch entsprechend auf die Ursprungsregionen von Pendlerströmen aus.

Gemeinsamer Kampf gegen Rassismus und Gewalt sowie Förderung von sozialer Inklusion

(TGn) Am 21.02.2018 unterzeichneten der Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, und der Präsident der UEFA, Aleksander Čeferin, eine **neue Vereinbarung**, in der sich beide Seiten dazu verpflichten, ihre Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Prioritäten fortzuführen. Die Zusammenarbeit umfasst gemeinsame Kampagnen und den Austausch auf Expertenebene, um unter anderem Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen sowie die soziale Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen durch Sport zu fördern. Die Zusammenarbeit umfasst die wesentlichen Herausforderungen, denen der Sport heutzutage gegenübersteht, wie etwa Gewalt, Spielabsprachen, Besteuerung, Doping und Rassismus. Eine **erste Vereinbarung** wurde bereits im Oktober 2014 unterzeichnet, um das positive Bild des Sports und insbesondere des Fußballs gemeinsam zu stärken.

Europäische Kommission bekräftigt Engagement für Gleichstellung von Frauen

(AV) Anlässlich des Weltfrauentages am 08.03.2018 hat die Europäische Kommission am 06.03.2018 in einer **gemeinsamen Erklärung zur Gleichstellung von Frauen in Europa und der ganzen Welt** aufgerufen: »Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit in Europa - sie ist auch eine Notwendigkeit, damit auf der ganzen Welt dauerhaft Frieden und Sicherheit, eine nachhaltige Entwicklung, wirtschaftlicher Wohlstand und Wachstum erreicht werden können. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist einer der Grundwerte der Europäischen Union. Heute können wir stolz auf die erzielten Fortschritte sein: Weltweit genießen Frauen in Europa mit das höchste Maß an Sicherheit und Gleichberechtigung. Aber damit ist es noch nicht getan - bis zur vollständigen Gleichstellung von Frauen und Männern in der Praxis liegt noch ein langer Weg vor uns. Wir wollen, dass die Chancengleichheit von Frauen und Mädchen in allen Lebensbereichen verwirklicht wird: Zugang zu Bildung, gleiches Entgelt für gleiche Arbeit, Zugang zu Spitzenpositionen in Wirtschaft und Politik sowie Schutz vor Gewalt.«

In der gemeinsamen Erklärung, unterzeichnet von 14 EU-Kommissaren, heißt es weiter: »Die Förderung von Frauen in Führungspositionen und die Stärkung ihrer wirtschaftlichen Teilhabe haben absolute Priorität für uns. Die Europäische Union hat neue **Rechtsvorschriften** zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben von erwerbstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen sowie einen **Aktionsplan** zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles vorgelegt. Und wir sorgen dafür, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen: Im Februar 2018 betrug die Zahl der Frauen in Führungspositionen in der Europäischen Kommission 36 % gegenüber 11 % bei Amtsantritt der derzeitigen Europäischen Kommission im November 2014. Laut Zusage von Präsident Juncker soll dieser Prozentsatz bis zum Ende der Amtszeit, also bis zum 31.10.2019, 40 % erreichen.

Außerdem sind wir in allen Bereichen unserer Politik - sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch im Rahmen unseres auswärtigen Handelns - bestrebt, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und die Rolle der Frau zu stärken. Unsere Politik trägt zur erfolgreichen globalen Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit bei. Im Mittelpunkt der diesjährigen **Europäischen Entwicklungstage** stehen die wichtige Aufgabe von Frauen und Mädchen bei der nachhaltigen Entwicklung, ihre gleichberechtigte Teilhabe und ihre führende Rolle in allen Lebensbereichen. Darüber hinaus hat die Europäische Union in diesem Jahr die Federführung beim »Aufruf zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt« inne, der über 60 Länder und Organisationen mit dem Ziel zusammenführt sicherzustellen, dass in humanitären Krisen gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorgegangen wird.

Die Europäische Union unterstützt weltweit geflüchtete oder vertriebene Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt sind (zum Beispiel im Rahmen der **Spotlight-Initiative**) oder die vom Zugang zu Bildung sowie vom gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Familienplanungsleistungen, zum Arbeitsmarkt sowie generell zum politischen Leben ausgeschlossen sind. Weltweit besuchen über 15 Millionen Mädchen im Grundschulalter keine Schule. Die Europäische Union hilft daher, in Afrika, in Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten und in Südostasien den Zugang zu Bildung zu fördern.

Die Investition in das Potenzial von Frauen und Mädchen ist eine Investition in unsere gesamte Gesellschaft, die genauso in der Verantwortung von Männern und Jungen wie in der Verantwortung von Frauen und Mädchen liegt.«

(Quelle: Europäische Kommission)

Europäische Kommission empfiehlt Maßnahmen, um illegale Online-Inhalte gezielt zu bekämpfen

(AV) Die Europäische Kommission hat am 01.03.2018 eine Reihe operativer Maßnahmen für den Umgang mit illegalen Online-Inhalten empfohlen. Sie stützen sich auf freiwillige Initiativen, durch die gemeinsam mit der Industrie sichergestellt werden soll, dass das Internet frei von illegalen Inhalten ist.

Zwar wurden beim Schutz im Internet Fortschritte erzielt, doch müssen die Plattformen ihre Anstrengungen verdoppeln, um illegale Inhalte schneller und effizienter aus dem Internet zu entfernen. Diese freiwilligen Maßnahmen sollen zunächst weiter verstärkt werden, bevor eventuelle Legislativmaßnahmen zur Ergänzung des bestehenden Rechtsrahmens geprüft werden.

Die veröffentlichten Empfehlungen gelten für alle Formen illegaler Inhalte: terroristische Inhalte, Aufstachelung zu Hass und Gewalt, Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern, Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen. Sie beinhalten auch die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen, die von den Online-Plattformen und den Mitgliedstaaten zu ergreifen sind, um rasche und proaktive Erkennung und Entfernung illegaler Online-Inhalte zu gewährleisten.

Hierzu erklärte der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident, Andrus Ansip: »Was außerhalb des Internets verboten ist, ist auch im Internet illegal. Einige Plattformen haben bereits mehr illegale Inhalte als je zuvor entfernt - ein Beleg dafür, dass die Selbstregulierung funktionieren kann.«

Durch freiwillige Maßnahmen der Industrie, die von der Europäische Kommission über das EU-Internetforum zu terroristischen Inhalten im Internet, dem Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Hetze im Internet und die Gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter gefördert werden, wurden bereits Ergebnisse erzielt.

In der Empfehlung werden operative Maßnahmen zur rascheren Erkennung und Entfernung illegaler Online-Inhalte, zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, vertrauenswürdigen Hinweisgebern und Strafverfolgungsbehörden sowie zur Erhöhung der Transparenz und der Sicherheitsvorkehrungen für die Bürger festgelegt:

- Klarere »Melde- und Abhilfeprozesse«: Die Unternehmen sollten einfache und transparente Regeln für die Meldung illegaler Inhalte festlegen, darunter Schnellverfahren für »vertrauenswürdige Hinweisgeber«. Um die unbeabsichtigte Entfernung von Inhalten, die nicht illegal sind, zu vermeiden, sollten die Anbieter von Inhalten über solche Entscheidungen informiert werden und die Möglichkeit haben, ihnen zu widersprechen.
- Effizientere Werkzeuge und proaktive Technologien: Die Unternehmen sollten klare Meldesysteme für die Nutzer festlegen. Sie sollten über proaktive Werkzeuge zur Erkennung und Entfernung illegaler Inhalte verfügen. Dies gilt insbesondere für terroristische Inhalte und für Inhalte, die nicht in einen Gesamtkontext eingeordnet werden müssen, um als illegal angesehen zu werden, z. B. wenn es um Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern oder nachgeahmte Güter geht.
- Stärkere Garantien zum Schutz der Grundrechte: Um sicherzustellen, dass Entscheidungen über die Entfernung von Inhalten zutreffend und fundiert sind (insbesondere beim Einsatz automatisierter Werkzeuge), sollten die Unternehmen unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte, der Freiheit der Meinungsäußerung und der Datenschutzregeln wirksame und angemessene Sicherheitsvorkehrungen, einschließlich der Aufsicht und Überprüfung durch Menschen, einführen.
- Besonderes Augenmerk auf kleine Unternehmen: Die Industrie sollte im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen zusammenarbeiten und Erfahrungen, bewährte Verfahren und technologische Lösungen austauschen, darunter auch Instrumente, die eine automatische Erkennung ermöglichen. Diese Zusammenarbeit dürfte insbesondere kleineren Plattformen mit begrenzteren Ressourcen und Fachkenntnissen zugutekommen.
- Engere Zusammenarbeit mit den Behörden: Gibt es Beweise für eine schwere Straftat oder besteht der Verdacht, dass illegale Inhalte eine Gefahr für Leben oder Sicherheit darstellen, sollten die Unternehmen die Strafverfolgungsbehörden unverzüglich informieren. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, geeignete rechtliche Verpflichtungen festzulegen.

Verstärkter Schutz vor terroristischen Online-Inhalten:

Die Verbreitung terroristischer Online-Inhalte stellt ein besonders schwerwiegendes Risiko für die Sicherheit dar und ihre Unterbindung ist eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit. Aus diesem Grund empfiehlt die Europäische Kommission zusätzlich besondere Bestimmungen zur weiteren Eindämmung terroristischer Online-Inhalte:

- Eine-Stunde-Regel: Da terroristische Inhalte in den ersten Stunden nach ihrem Auftauchen im Internet am meisten Schaden anrichten, sollten alle Unternehmen solche Inhalte grundsätzlich innerhalb einer Stunde, nachdem sie gemeldet wurden, entfernen.
- Raschere Erkennung und wirksame Entfernung: Zusätzlich zu den Meldungen sollten Internetunternehmen proaktive Maßnahmen, darunter die automatische Erkennung, einführen, um terroristische Inhalte wirksam und schnell entfernen oder deaktivieren zu können und zu verhindern, dass sie erneut auftauchen, nachdem sie einmal entfernt worden sind. Um kleinere Plattformen zu unterstützen, sollten die Unternehmen geeignete technologische Instrumente austauschen und optimieren sowie Arbeitsvereinbarungen für eine bessere Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, einschließlich Europol, treffen.
- Verbessertes Meldesystem: Es sollten Schnellverfahren geschaffen werden, damit Meldungen so schnell wie möglich bearbeitet werden können. Die Mitgliedstaaten müssen wiederum dafür sorgen, dass sie über die erforderlichen Fähigkeiten und Ressourcen verfügen, um terroristische Inhalte erkennen und melden zu können.
- Regelmäßige Berichterstattung: Die Mitgliedstaaten sollten der Europäischen Kommission regelmäßig, vorzugsweise alle drei Monate, über Fälle und die entsprechenden Folgemaßnahmen sowie über die allgemeine Zusammenarbeit mit Unternehmen zur Eindämmung terroristischer Online-Inhalte Bericht erstatten.

Nächste Schritte:

Die Europäische Kommission wird die als Reaktion auf diese Empfehlung ergriffenen Maßnahmen überwachen und entscheiden, ob weitere Schritte, gegebenenfalls auch der Erlass von Rechtsvorschriften, erforderlich sind.

Darüber hinaus wird die Europäische Kommission ihre Analysen fortsetzen und eng mit den Interessenträgern zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang wird sie in den kommenden Wochen eine öffentliche Konsultation zu diesem Thema einleiten.

Damit die Wirkung der Empfehlung überprüft werden kann, müssen Mitgliedstaaten und Unternehmen innerhalb von drei Monaten relevante Informationen zu terroristischen Inhalten und innerhalb von sechs Monaten Informationen zu anderen illegalen Inhalten vorlegen.

(Quelle: Europäische Kommission)

Einigung über Frequenzen soll den Weg für 5G-Mobilfunk ebnen

(WK) Unterhändler des Europäischen Parlaments, der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission haben am 01.03.2018 eine vorläufige politische Einigung über mehrere wichtige Teile der neuen Telekommunikationsvorschriften und der Frequenzvergabe für das schnelle Mobilfunknetz 5G erzielt.

Einigung erzielt wurde über eine Reihe von Schlüsselmaßnahmen, die im **Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation** vorgesehen sind, darunter die Verfügbarkeit von Funkfrequenzen für 5G bis 2020 in der Europäischen Union, die Vorhersagbarkeit der Investitionen für Frequenzlizenzen über 20 Jahre und eine verbesserte Koordinierung und Begutachtung der geplanten Verfahren zur Zuweisung von Funkfrequenzen.

Mit der vorläufigen Vereinbarung soll der Grundstein für den EU-weiten Aufbau eines 5G-Netzes gelegt werden, wobei die **früheren Vereinbarungen über die Festsetzung von Frequenzen**, die Beseitigung grenzüberschreitender Störungen und die leichtere Bereitstellung der kleinen Zellen berücksichtigt werden.

Die Verhandlungen über andere Teile des Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation sind im Gange. Ziel der Ko-Gesetzgeber Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union ist es, so bald wie möglich unter der bulgarischen Präsidentschaft eine Einigung zu erzielen.

(Quelle: Europäische Kommission)

Termine

Rat

Wann

08.-09.03.2018

Was

Rat für Justiz und Inneres am 08.03.2018 in Brüssel

Die Innenminister werden über Sicherheitsfragen beraten. Der Entwurf einer Regelung zur Interoperabilität zwischen EU-Systemen wird besprochen. Auch die Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten bei der Internationalen Sicherheit und dem Kampf gegen den Terrorismus steht auf der Agenda. Es wird abgeklärt, was die EU-Agenturen zu diesem Kampf beitragen können. Die Minister informieren sich über den Stand der Umsetzung der Richtlinie zur Verwendung von Fluggastdatensätzen ([PNR](#)), die bis Mai 2018 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden soll. Sie werden auch über den aktuellen Stand beim Thema Migration diskutieren. Nähere Informationen zu der Tagung werden auf der [Internetseite des Rates der Europäischen Union](#) bereitgestellt. [Europe by Satellite](#)überträgt gegen 18:00 Uhr die Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen.

Rat

Wann

08.-09.03.2018

Was

Rat für Justiz und Inneres am 09.03.2018 in Brüssel

Die Justizminister werden sich mit dem geplanten Richtlinien-Vorschlag zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung mit bargeldlosen Zahlungsmitteln auseinandersetzen. Diese Richtlinie will das bereits existierende EU-Regelwerk zum Thema um die Aspekte wie das mobile Bezahlen und virtuelle Währungen erweitern.

Auch internationaler Kindesmissbrauch und die sogenannte »Brüssel IIa«-Verordnung zur Entscheidung im Eherecht stehen auf der Tagesordnung. Ein Bericht zum Status der Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft ([EUSTA](#)) rundet das Treffen ab.

Nähere Informationen zu der Tagung werden auf der [Internetseite des Rates der Europäischen Union](#) bereitgestellt. [Europe by Satellite](#)überträgt die Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen.

Rat

Wann

12.03.2018

Was

Treffen der Euro-Gruppe

Nähere Informationen zu diesem Treffen werden auf der [Internetseite des Rates der Europäischen Union](#) bereitgestellt.

Rat

Wann

12.-13.03.2018

Was

Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 12./13.03.2018

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit wird im Rahmen des regelmäßigen Zyklus zur Koordinierung des Europäischen Semesters eine Aussprache über die »Digitalisierung der Wirtschaft in der Europäischen Union« führen.

Die Ministerinnen und Minister werden einen Meinungsaustausch über die Industriepolitik im Hinblick auf die Annahme von Schlussfolgerungen über eine künftige EU-Strategie für die Industriepolitik führen.

In einer öffentlichen Aussprache werden sie Möglichkeiten prüfen, wie der Binnenmarkt verbessert und vertieft werden kann und die Europäische Union feiert 2018 die Gründung des Binnenmarkts vor 25 Jahren.

Weitere Informationen zu diesem Treffen werden auf der [Internetseite des Rates der Europäischen Union](#) bereitgestellt.

Rat

Wann

13.03.2018

Was

Rat für Wirtschaft und Finanzen am 13.03.2018

Nähere Informationen zu diesem Treffen werden auf der [Internetseite des Rates der Europäischen Union](#) bereitgestellt.

Rat

Wann

15.03.2018

Was

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 15.03.2018 in Brüssel

Das Gremium behandelt Fragen der Sozialpolitik. Informationen zu den Themen des Treffens werden auf der [Internetseite des Rates der Europäischen Union](#) bereitgestellt.

Termine

Kommission

Wann

13.03.2018

Was

Wöchentliche Kommissionssitzung in Straßburg

Weitere Informationen und eine detaillierte Agenda finden Sie auf der [Internetseite der Europäischen Kommission](#).

Termine

Europäisches Parlament

Wann**Was****12.-15.03.2018****Plenartagung des Europäischen Parlaments am 12.03.2018**

Zum Start der Sitzungswoche beschäftigt sich das Parlament u. a. mit der Frage der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in EU-Handelsabkommen und mit grenzübergreifend agierenden Paketdiensten. Auch eine europäische Initiative für gemeinsame intelligente Transportsysteme wird vorgestellt.

Die vorläufige Tagesordnung können Sie auf der [Internetseite des Europäischen Parlaments](#) herunterladen.

Europäisches Parlament

Wann**Was****12.-15.03.2018****Plenartagung des Europäischen Parlaments am 13.03.2018**

Am Vormittag geben Europäische Kommission und Rat der Europäischen Union im Europäischen Parlament Erklärungen zur künftigen Gestaltung der Beziehungen der Europäischen Union zu Großbritannien ab sowie zum bevorstehenden EU-Gipfel, der in der folgenden Woche am 22. und 23.03.2018 stattfindet. Auch der nächste EU-Haushalt ab 2020 steht auf der Agenda.

Die vorläufige Tagesordnung können Sie auf der [Internetseite des Europäischen Parlaments](#) herunterladen.

Europäisches Parlament

Wann**Was****12.-15.03.2018****Plenartagung des Europäischen Parlaments am 14.03.2018**

Portugals Ministerpräsident António Costa spricht am Vormittag im Europäischen Parlament und diskutiert mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zur Zukunft Europas.

Die vorläufige Tagesordnung können Sie auf der [Internetseite des Europäischen Parlaments](#) herunterladen.

Europäisches Parlament

Wann**Was****12.-15.03.2018****Plenartagung des Europäischen Parlaments am 15.03.2018**

Das Europäische Parlament thematisiert u. a. die Rolle der Regionen und Städte bei der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und beschäftigt sich wie immer zum Abschluss der Sitzungswoche mit Menschenrechtsfragen.

Die vorläufige Tagesordnung können Sie auf der [Internetseite des Europäischen Parlaments](#) herunterladen.

Termine

Sonstige

Wann

Was

08.03.2018

Konferenz europäischer Bürgermeister zum Thema Terrorabwehr

Welche Konsequenzen sollten die europäischen Städte aus den Terroranschlägen von Berlin, London, Paris und Nizza ziehen? Torsten Akmann, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin, und Barbara Duden, die Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, referieren bei einer vom »Ausschuss der Regionen« veranstalteten **Konferenz** von Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen aus der Europäischen Union zum Aufbau städtischer Abwehrmechanismen gegen Terrorismus. Die Konferenz wird von EU-Kommissar Julian King, zuständig für das Thema Sicherheitsunion, eröffnet. Mehr zu den Hintergründen finden Sie in dieser **Pressemitteilung**.

Die Tagesordnung können Sie auf der **Internetseite der EU- Bürgermeisterkonferenz** einsehen. **Europe by Satellite** stellt Videomaterial von der Eröffnung sowie die Keynote-Rede von Christian Estrosi, dem Bürgermeister von Nizza, zur Verfügung.

Sonstige

Wann

Was

08.03.2018

Treffen des EZB-Rats

Der EZB-Rat, das oberste Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank, kommt am 08.03.2018 zu seiner nächsten geldpolitischen Sitzung zusammen. Mehr Informationen zu dem Treffen finden Sie auf der **Internetseite der Zentralbank**. Im Anschluss an das Treffen gibt es eine Pressekonferenz mit EZB-Präsident Mario Draghi. **Europe by Satellite** überträgt um 14:30 Uhr die Pressekonferenz.

Stellenausschreibung für den Dienstposten eines Direktors (m/w) im Prüfungsbereich des Europäischen Rechnungshofes

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

**Arbeitsprogramm für Finanzhilfen im Bereich der transeuropäischen
Telekommunikationsnetze im Rahmen der Fazilität »Connecting Europe« für den Zeitraum
2014-2020**

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Analysing gender gaps and biases in the allocation of grants

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Supporting research organisations to implement gender equality plans

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Grounding RRI practices in research and innovation funding and performing organisations

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Encouraging the re-use of research data generated by publically funded research projects

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Developing research integrity standard operating procedures

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Innovative methods for teaching ethics and research integrity

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Open schooling and collaboration on science education

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Smart Cities and Communities

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Demonstration of cost effective advanced biofuel pathways in retrofitted existing industrial installations

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Pan-European Forum for R&I on Smart Grids, Flexibility and Local Energy Networks

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

TSO-DSO-Consumer - Large-scale demonstrations of innovative grid services through demand response, storage and small-scale generation

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Decarbonising energy systems of geographical Islands

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Integrated local energy systems (Energy islands)

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).

Smuggling

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite der [Europäischen Kommission für Forschung und Innovation](#).